

... für den Bandwurm von ...  
... die feigste Zeit, wo es an Spannheit und Verdrängung fehlt ...

## Bekanntmachung

betreffend Ergänzung der Bekanntmachung über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel vom 19. Aug. 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 504).

Dom 6. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund der §§ 5, 6 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) beschlossen, die Bekanntmachung über die Preise und sonstigen Begütungen für Kraftfuttermittel vom 19. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 504) wie folgt zu ergänzen:

I.

Den im § 1 der Bekanntmachung genannten Gegenständen  
treten hinzu: Preis für 1 t

	(1000 Pfd.)
Belustschen	350
Hälsenfrüchte, die für die menschliche Ernährung nicht geeignet sind	350
Gemenge von Gerste mit Hälsenfrüchten	300
Abfälle der Buchweizenmüllerei (Buchweizenstalen und Kleie)	48
Mizinusmehl, entgähet	240
Futter, das durch Verarbeitung des Heidekrauts auf Futtermehl hergestellt ist	25
Eicheln, lufttrocken	190
Eicheln, ganze, gedörrt (nicht mehr als 15 vom Hundert Wasser enthaltend)	340
Eicheln, gedörrt (nicht mehr als 15 vom Hundert Wasser enthaltend) u. geschält	440
Rohstastanien, lufttrocken	150
Rohstastanien gedörrt (nicht mehr als 15 vom Hundert Wasser enthaltend) und gequetscht	280

ii.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

## Bekanntmachung

über vorübergehende Zollerleichterungen.

Вот 6. Январь 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I.

Die nachstehend aufgeführten Waren bleiben bis auf weiteres bei der Einfuhr zollfrei:

- a) aus Nummer 47 des Zolltarifs Äpfel, Birnen, Quitten, frisch, unverpackt oder nur in Säcken, bei je mindestens 50 kg Rohgewicht.
- b) aus Nummer 123 des Zolltarifs Krabben, lebend oder nicht lebend, auch bloß abgelocht oder eingefalzen, auch von der Kruste befreit.

## II.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 6. Januar 1916.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Helfferich.

## Bekanntmachung

Aber die Herstellung von Säbigeleiten. Vom 30. Dezember 1915.  
Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats  
über die Herstellung von Säbigeleiten und Schotolade vom 16. De-  
zember 1915 (Reichs-Gesetzl. S. 821) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit Leder zur Verarbeitung in gewerblichen Betrieben, in denen Sughigkeiten im Sinne der §§ 1 und 3 Abs. 2 der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915, sei es allein oder zusammen mit anderen Waren, hergestellt werden, wird einer Leder-Zuteilungsstelle für das deutsche Sughkeitengewerbe übertragen. Diese Leder-Zuteilungsstelle wird unter Aufsicht des Reichsanstlers (Reichsamt des Innern) von der Vereinigung Deutscher Lederwaren- und Schuhfabrikanten e. V. in Würzburg bestellt.

§ 2. Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen Süßigkeiten hergestellt werden (Süßigkeiten-Fertiger), haben der Bundes-Zuteilungsstelle in Würzburg bis spätestens 15. Januar 1916 unter Benennung der als Anlagen I und II beigefügten Vordrucke Erklärungen abzugeben:

1. über die Zudermengen, die sie in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 verarbeitet haben oder zur Verfügung hatten, und zwar gefordert
  - a) nach der Verarbeitung zu Süßigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 16. Dez. 1915,
  - b) nach der Verarbeitung zu anderen Waren,
  - c) nach den Zudermengen, die sie nicht verarbeitet oder über die sie in anderer Weise verfügt haben (s. B. im Handel);

2. über die Zudermengen, über die sie am 1. Januar 1916 in ihrem Gewerbebetriebe verfügten.

Mangels ausreichender Aufzeichnungen über die in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 im Besitz gewesen und verarbeiteten Erdmengen und über deren Ausschleibung nach den unter Ziffer 1 bezeichneten Verwendungsarten sind Schätzungen zulässig. Welches gilt, sofern der Betrieb am 1. Oktober 1914 noch nicht bestanden oder in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis zum 30. September 1915 Unterbrechungen erfahren hat.

§ 3. Die Zuer-Zureichungsstelle hat die nach § 2 abgegebenen Erklärungen der Sühnleistungen-Verssteller zu prüfen oder durch von ihr beauftragte Sachverständige prüfen zu lassen. Sie ist befugt, beim Fehlen der Erklärungen selbst Schätzungen vorzunehmen.

Die Zuder-Zuteilungsstelle legt danach die Zudermengen fest, welche die Süßigkeiten-Hersteller gemäß § 1 der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915 im Jahre 1916 zu Süßigkeiten verarbeiten dürfen (Zuderanteil). Die Zuder-Zuteilungsstelle kann bei nachgewiesenen, unüberschreitbaren und ausnahmsweisen Betriebsstörungen während der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 eine entsprechende Erhöhung des Zuderanteils vornehmen. Sie kann die Zuteilung von der Erfüllung bestimmter Vorschriften über die Verwendung abhängig machen.

Gegen die Bestimmungen der Jüder-Zutrittsstelle ist Beschwerde an einen Beschwerdeauschuss zulässig. Der Beschwerdeauschuss besteht aus einem Vorsitzenden, einem Vertreter des Vorsitzenden, zwei Vertretern der Vereinigung Deutscher Jüderwaren- und Schokoladefabrikanten e. B. in Würzburg und je einem Vertreter des Verbandes Deutscher Schokoladefabrikanten in Dresden und des Verbandes Deutscher Keksfabrikanten in Berlin. Die näheren Bestimmungen bleiben vorbehalten.

Die Entscheidung des Beschwerdeausschusses ist endgültig.

§ 4. Die Süßigkeiten-Versteller dürfen vom 1. Januar 1916 ab Zucker für ihre Betriebe, und zwar nicht bloß zur Verarbeitung zu Süßigkeiten, sondern auch zur Verarbeitung zu anderen Waren oder zu anderen Zwecken (Handel), sei es käuflich oder zur Verarbeitung gegen Lohn usw., nur beziehen, wenn sie gleichzeitig den Abgebern der Zuckermengen die von der Zucker-Zuteilungsstelle auf Antrag nach Muster der Anlage III auszufertigenden Bezugsscheine über die jeweils zu übernehmenden Zuckermengen ausändigen.

Abgeber von Zuckermengen dürfen Zucker an Süßigkeiten-Vertheiler nur gegen Aushändigung der Bezugsscheine über die abzugebenden Zuckermengen liefern; sie haben den Empfang der Bezugsscheine innerhalb einer Woche nach Uebergabe der Zuckermengen unter Benützung des vom Zuckerbezugschein abgetrennten Vordrucks mittels eingeschriebenen Briefes an die Zucker-Zuteilungsstelle anzuzeigen.

Die Buderbezugscheine sind nur für die darin benannten Süßigkeits-Hersteller zur Benutzung gültig. Die Uebertragungen der Buderbezugscheine an andere sind verboten.

Die Abgeber von Zuder haben die von den Süßigkeiten-Herstellern übergebenen Zuderbezugscheine aufzubewahren und auf Verlangen der Zuder-Zuteilungsstelle oder den nach § 4 der Verordnung vom 16. Dezember 1915 befugten Beamten der Polizei und beauftragten Sachverständigen zur Einsicht vorzulegen.

§ 5. Von den am 1. Januar 1916 zum Gewerbebetriebe der Süßigkeiten-Hersteller verfügbaren und von diesem Tage ab dazu übernommenen Zuckermengen dürfen zur Herstellung von Süßigkeiten nur jene Mengen verarbeitet werden, welche dem Zuckerteil des Süßigkeiten-Herstellers entsprechen.

Ueber den Bezug und die Verwendung von Zuckermenge haben die Süßigkeiten-Fabrikanten unter Benutzung des als Anlag IV gegebenen Modells Buch zu führen, woraus außer dem Bezug der Zuckers ersichtlich sein muß.

1. welche Zudermengen sie in ihren Betrieben vom 1. Januar 1916 an zu Säftigkeiten verarbeitet haben;
2. welche Zudermengen sie in ihren Betrieben vom 1. Januar 1916 an zu anderen Waren verarbeitet haben;
3. welche Zudermengen sie nicht verarbeitet oder unverarbeitet an andere abgegeben haben;
4. welche Mengen von Säftigkeiten und anderen Waren sie hergestellt haben.

Die Süßigkeiten-Hersteller haben diese Bücher, sowie ihre sonstigen Geschäftsaufzeichnungen auf Verlangen der Zucker-Zutei-



Inspektionsstelle über den Beamten der Polizei und beauftragten Sachverständigen zur Einsicht vorzulegen, ferner die im § 4 der Verordnung vom 16. Dezember 1915 bestimmte Auskunft zu geben.  
§ 6. Die Ausfertigung der Zuder-Zuteilungsscheine erfolgt nur gegen eine gleichzeitig mit dem Antrag auf Ausfertigung an die Zuder-Zuteilungsstelle zu entrichtende Gebühr von 10 Pfg. für jeden zuzuteilenden Doppelzentner Zuder.

Die Gebühr wird zur Deckung der Kosten der Zuder-Zuteilungsstelle nach näherer Weisung des Reichskanzlers verwendet.  
§ 7. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 8 Nr. 4 der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821) mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 30. Dezember 1915.

Der Reichskanzler.  
Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Betr.: Verstellung von Sühigkeiten.

Wir bringen die vorstehend abgedruckte Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. v. Mts. zur Kenntnis der Bevölkerung mit dem Aufhänge, daß die in der Bekanntmachung erwähnten Vorbrude in Nr. 1 des Zentralblattes für das deutsche Reich, Jahrgang 1916, abgedruckt sind (einzusehen in der Registratur des Kreisamts).

Wegen verspäteter Mitteilung der Bekanntmachung kann die Frist in § 2 nicht eingehalten werden; die Abgabe der Erklärung hat deshalb so bald als möglich zu erfolgen (siehe auch Kreisblatt Nr. 118, Bekanntmachung vom 16. bzw. 20. Dezember 1915).  
Gießen, den 15. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### Bekanntmachung

betreffend Saatkartoffeln. Vom 6. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen insb. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Höchstpreise für Kartoffeln gelten bis zum 15. Mai 1916 nicht für Kartoffeln, die

1. vom Erzeuger unmittelbar an Landwirte als Saatkartoffeln zur Aussaat verkauft werden, oder
2. von Händlern, die von der höheren Verwaltungsbehörde die Erlaubnis zum Handel mit Saatkartoffeln erhalten haben, als Saatkartoffeln gekauft werden, oder
3. von zugelassenen Händlern (Nr. 2) als Saatkartoffeln an andere zugelassene Händler oder an Landwirte verkauft werden oder an solche Personen, welche durch eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde den Nachweis erbringen, daß sie in der Lage sind, die anzukaufenden Kartoffeln unmittelbar zu Saatweiden zu verwenden.

Der in Nr. 2 vorgesehene Erlaubnis bedürfen auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereine.  
§ 2. Die Erlaubnis zum Handel mit Saatkartoffeln (§ 1 Nr. 2) wird von der höheren Verwaltungsbehörde erteilt, in deren Bezirk der Händler seine gewerbliche Niederlassung hat. Sie gilt für das Reichsgebiet und ist jederzeit widerruflich. Sie darf nur einer dem Bedürfnis entsprechend beschränkten Anzahl von Personen erteilt werden, die abgesehen von landwirtschaftlichen Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereinen bereits vor dem 1. August 1914 den gewerbmäßigen Handel mit Saatkartoffeln ausgeübt haben müssen.

§ 3. Die zugelassenen Händler haben besondere Bücher über ihre Geschäftsabläufe in Saatkartoffeln zu führen. Sie haben darin den Namen des Vertragsgegners, die Menge und den Preis ersichtlich zu machen. Auch ist anzugeben, ob der Vertragsgegner Landwirt, Händler oder eine nach § 1 Nr. 3 sonst zugelassene Person ist.  
§ 4. Die nach § 3 zu führenden Bücher sind der zuständigen Behörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

§ 5. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.  
§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften im § 3 und 4 dieser Verordnung sowie die nach § 5 erlassenen Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 7. Verträge über Lieferung von Saatkartoffeln, die vor dem 29. Oktober 1915 zu einem höheren als dem Höchstpreis oder nach dem 28. Oktober 1915 zu Höchstpreisen abgeschlossen sind, werden aufgehoben, soweit nicht Lieferung bei Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgt ist.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.  
Berlin, den 6. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Deßbrück.

### Bekanntmachung

betreffend Saatkartoffeln. Vom 10. Januar 1916.

Auf Grund des § 5 der Verordnung des Bundesrats, betreffend Saatkartoffeln, vom 6. Januar 1916 (R.-G.-Bl. S. 5) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Im Sinne der Verordnung ist anzusehen:

- a) als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuß,
- b) als zuständige Behörde das Kreisamt.

§ 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.  
Darmstadt, den 10. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Hombergk. Krämer.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises und Großh. Polizeiamt Gießen.

Unter Hinweis auf § 1 Biffer 3 vorstehender Bekanntmachung vom 6. Januar 1916 weisen wir Sie an, keine Bescheinigung aufzustellen, ehe Sie nicht uns davon Mitteilung gemacht haben. Außerdem hat jede Bescheinigung genau die Menge Kartoffeln anzugeben, die der Betreffende nach Ihrer Prüfung zur Saat braucht. Weiter machen wir Ihnen zur Pflicht, darüber zu machen, daß die Kartoffeln tatsächlich zur Saat verwendet werden. Jede Zuwiderhandlung ist anzuzeigen, auch werden wir selbst nach Möglichkeit die Verwendung nachprüfen lassen.

Gießen, den 14. Januar 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Langermann.

### Bekanntmachung

über die Preise von Marmeladen. Vom 11. Januar 1916.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607 und 728 ff.) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Marmeladen dürfen zum Verkaufe nur feilgeboten werden, wenn sie in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise einen Vermerk auf der Verpackung tragen, aus der sich ergibt, welche Sorte (I—V der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 14. Dezember 1915, Reichs-Gesetzbl. S. 817) den Inhalt der Verpackung bildet. Ferner muß auf der Verpackung in leicht erkennbarer Weise das Gewicht angegeben sein und zwar entsprechend den Festlegungen des Herrn Reichskanzlers in der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1915 unter II bei Verpackungen in Fässern oder in sonstigen Gefäßen über 15 Kilogramm das Nettogewicht (Nettogewicht), bei anderen Verpackungen das Rohgewicht (Brutto für Netto).

§ 2. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607 ff.) bestraft.

§ 3. Diese Anordnung tritt am 15. Januar 1916 in Kraft.  
Darmstadt, den 11. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Hombergk. Krämer.

Betr.: Die Preise von Marmeladen.

Wir bringen die vorstehend abgedruckte Bekanntmachung vom 11. ds. Mts. zur Kenntnis der Bevölkerung unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1915 (Kreisblatt Nr. 113).  
Gießen, den 14. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Langermann.

### Bekanntmachung

betreffend Änderung der Postordnung vom 20. März 1900. Vom 9. Januar 1916.

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) und des § 3 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Erleichterung des Wechselprotestes, vom 30. Mai 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 321), sowie auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 6. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 2), betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Etsch-Vorbringen, wird die Postordnung vom 20. März 1900 wie folgt geändert.

1. Im § 18 a „Postprotest“ erhält der Absatz v unter B und C folgende Fassung:

B. Postprotestaufträge mit Wechseln, die in Ostpreußen in den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen, sowie in den Kreisen Gerdauen und Memel zahlbar sind, oder mit solchen in anderen Teilen Ostpreußens oder im Stadtkreise Danzig zahlbaren gezogenen Wechseln, die als Wohnort des Bezogenen einen Ort angeben, der in einem der bezeichneten Teile Ostpreußens (Regierungsbezirke Allenstein und Gumbinnen, Kreise Gerdauen und Memel) liegt, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

- a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 28. Januar 1916 eingetreten ist, am 31. Januar 1916;
- b) wenn der Zahlungstag des Wechsels am 29. Januar 1916 oder später eintritt, am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage.



Postprotestaufträge mit Wechseln, die in Elb-Lothringen zahlbar sind, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 28. April 1916 eingetreten ist,  
am 1. Mai 1916;

b) wenn der Zahlungstag des Wechsels am 29. April 1916 oder später eintritt,  
am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage.

Solange die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts nach den obigen Vorschriften besteht, kann der Auftraggeber verlangen, daß ein davon betroffener Wechsel mit dem Postprotestauftrage schon am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage des Wechsels nochmals zur Zahlung vorgezeigt wird, wenn auch diese Vorzeigung oder der Versuch dazu erfolglos bleibt, protestiert werde. Dieses Verlangen ist durch den Vermerk „Ohne die verlängerte Protestfrist“ auf der Rückseite des Postprotestauftrags auszuweisen. Auch kann die Post damit betraut werden, für solche Wechsel neben der Wechselsumme auch die für die verlängerte Frist vom Tage der ersten Vorzeigung des Wechsels an fälligen Wechselzinsen einzuziehen und im Nichtzahlungsfalle deswegen Protest zu erheben. Wird hiervon Gebrauch gemacht, so ist in den Bordruck zum Postprotestauftrage unter „Betrag des beigefügten Wechsels“ einzutragen nebst Verzugszinsen von 6 v. H. vom Tage der ersten Vorzeigung, nämlich vom . . . ab“. Der Zeitpunkt, von dem an die Zinsen zu berechnen sind, ist nicht anzugeben, wenn die Post die erste Vorzeigung des Wechsels bewirkt. Hat der Auftraggeber die Einziehung der Zinsen verlangt, so wird der Wechsel nur gegen Bezahlung der Wechselsumme und der Zinsen ausgehändigt, bei Nichtzahlung auch nur der Zinsen aber wegen des nicht gezahlten Betrags Protest mangels Zahlung erhoben.

c) Als Zahlungstag gilt der Fälligkeitstag des Wechsels oder, wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, der nächste Werktag. Fällt der Schlußtag der Frist zur Vorzeigung des Wechsels auf einen Sonn- oder Feiertag, so wird der Wechsel am nächsten Werktag zur Zahlung vorgezeigt. Die Postverwaltung behält sich vor, die Vorzeigung der Wechsel, deren Protestfrist am 31. Januar oder 1. Mai 1916 (Abs. B) abläuft, auf mehrere vorhergehende Tage zu verteilen.

2. Die Änderungen treten sofort in Kraft.  
Berlin, den 9. Januar 1916.

Der Reichskanzler.  
In Vertretung: Raetke.

XVIII. Armee Korps  
Stellvertretendes Generalkommando.  
Abt. II/B. Tgb. Nr. 97.

Frankfurt (Main), 11. Januar 1916.

Betr.: Preise für Benzol gemischt mit Schwefeläther.

Das Generalkommando teilt gemäß R. Nr. 2667/12. 15. A 7 V mit, daß die Deutsche Benzolvereinigung in Vordruck entworfenem Benzol, das in diesem Zustande bei kaltem Wetter erstarrt und somit als Motorenbetriebsstoff unbrauchbar wäre, zur Erhöhung der Kältebeständigkeit von nun an Schwefeläther beimischt. Für die Mischungen, die von der Inspektion des Kraftfahrzeugwesens genehmigt sind, werden gemäß § 4 der „Bekanntmachung über die Verwendung von Benzol und Solventnaphtha sowie über Höchstpreise für diese Stoffe“ Nr. 235/7. 15. A 7 V vom 1. August 1915 folgende Höchstpreise für je 100 Kilo festgesetzt:

Gemisch I (90 Teile Benzol, 10 Teile Schwefeläther)	70.— Mk.
„ II (85 Teile Benzol, 15 Teile Schwefeläther)	74.50 Mk.
„ III (80 Teile Benzol, 20 Teile Schwefeläther)	78.50 Mk.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

XVIII. Armee Korps.  
Stellvertretendes Generalkommando.  
Abt. III b. Tgb. Nr. 74/26.

Frankfurt (Main), den 8. Januar 1916.

Betr.: Verbot des Hausierhandels mit Kriegerandenken.

### Verordnung.

Ausgeschlossen vom Gewerbebetrieb im Umherziehen (zu vgl. Titel III der Gewerbeordnung) sind:

Das Feilbieten von Waren, sowie das Auffuchen von Bestellungen auf Waren oder gewerbliche Leistungen, wenn die Waren oder gewerblichen Leistungen dem Gedanken an Heeresangehörige oder an gefallene Kriegsteilnehmer zu dienen bestimmt sind. (Gedenkblätter, Umrahmungen, Photographievergrößerungen usw.)

Zwischenhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Veröffentlichung von Anzeigen in den Zeitungen und Zeitschriften.

An Grob. Polizeiamt Gießen und die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Königl. Generalkommandos des 18. Armee Korps vom 3. Dezember 1915, Abt. III b, I b Pr. Tgb. Nr. 11 708/5569, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 109 vom 10. Dezember 1915, eröffnen wir Ihnen, daß das Königl. Generalkommando die Ausführung dieser Verordnung den Ortspolizeibehörden des Korpsbezirks übertragen hat.

Anzeigen, die dem Königl. Generalkommando zur Prüfung vorgelegt werden, werden an Sie verwiesen. Haben Sie bei der Prüfung Zweifel über die Zulässigkeit der Anzeigen, so ist die Entscheidung der Presseabteilung des Königl. stellvert. Generalkommandos einzuholen.

Wir erwarten gewissenhafte Ausführung der Ihnen übertragenen Befugnis.

Gießen, 13. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Butter.

Unter „verarbeiteter Milch“ im Sinne der Verordnung über den Verkehr mit Butter vom 8. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 807) (Kreisblatt Nr. 115) ist nicht nur die zu Butter, sondern auch die zu Käse verarbeitete Milch, sowie die Milch zu verstehen, die in der Molkerei nur gemischt oder gefälscht wird.

Gießen, den 14. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Langermann.

### Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Getreide und Mehl; hier: das Ausmahlen.

Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde wird der § 12 der Bekanntmachung vom 27. August 1915 (Reichsbl. Nr. 76) im Absatz 1 vom 3. Satz an mit Wirkung vom 1. Februar 1916 folgendermaßen geändert:

Roggen muß zu mindestens 82 Prozent, Weizen zu mindestens 80 Prozent ausgemahlen werden. Bei einer auf höchstens 3 Prozent anzunehmenden Verfeinerung muß sich hiernach ein Anfall von Mele bei Roggen von etwa 15 Prozent, bei Weizen von etwa 17 Prozent ergeben. Die Mele gehört grundsätzlich dem Selbstversorger.

Wag 2 fällt weg.

Gießen, den 13. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Langermann.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Grob. Bürgermeistereien der Landgemeinden sowie die Grob. Gendarmerie des Kreises.

Wir machen Sie auf vorstehende Wanderung aufmerksam unter der Auflage, die Müller von der Bestimmung in Kenntnis zu setzen und den Befehl zu überwachen.

Gießen, den 13. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B. Langermann.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldvereinigung Ettingshausen; hier: Drainagen.

In der Zeit vom 25. Januar bis einschließlich 7. Februar l. J. liegt das Projekt über Ausführung von Drainagen in den Fluren IX und XXI nebst Beschluß vom 6. Januar 1916 auf Grob. Bürgermeisterei Ettingshausen zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses innerhalb der obengenannten Offenlegungsfrist bei Grob. Bürgermeisterei Ettingshausen schriftlich einzureichen und zu begründen.

Friedberg, den 7. Januar 1916.

Der Großherzogliche Feldvereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldvereinigung Odenhausen; hier: den Ausschlag der ungedeckten Kosten.

In der Zeit vom 25. bis einschließlich 31. Januar l. J. liegt auf Grob. Bürgermeisterei Odenhausen der Beschluß der Vollzugskommission vom 16. Dezember 1915 über Aufbringung der ungedeckten Kosten sowie die Unterlage zum Ausschlag dieser Kosten (Verzeichnis der Grundstücke) zur Einsicht der Beteiligten offen. Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses während der Offenlegungszeit bei Grob. Bürgermeisterei Odenhausen schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 7. Januar 1916.

Der Großherzogliche Feldvereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.